Stellungnahme

Keine Kürzungen bei Frauen*- und Mädchen*arbeit in München:

Soziale Arbeit braucht Stabilität, nicht Sparpolitik auf dem Rücken von Mädchen* und Frauen*

München, 30.11.2025

Verfasst von: *Kirsten Röseler, Sabrina Heinl-Vako & Franziska Liegl unter der Zuarbeit aktiver DBSH Frauen**

Herausgegeben von: *Landesverband Bayern Frauen* DBSH sowie dem Landesvorstand Bayern*

Ausgangslage

Die Landeshauptstadt München steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen (Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2025). Im Zuge der Haushaltskonsolidierung werden derzeit Einsparmaßnahmen als gesamtstädtische Konsolidierungsstrategie, also in nahezu allen Fachbereichen geprüft und umgesetzt – auch in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Gleichstellungsförderung (ebd.; Landeshauptstadt München, 2025b).
Betroffen sind dabei Projekte und Einrichtungen, die seit Jahrzehnten zentrale Arbeit für Mädchen*, junge Frauen* und Frauen* leisten (Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2025), darunter Beratungsstellen, Mädchen*treffs, Schutz- und Präventionsangebote, geschlechtssensible Bildungsarbeit sowie Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Integration.

Die **Frauen*vertretung des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit (DBSH) Bayern** lehnt diese Kürzungen entschieden ab.

Laut Karowski (2025) hat Münchens Finanzchef Christoph Frey gemeinsam mit seinen Amtskolleg*innen aus Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Ansbach und Coburg einen Hilferuf an Bund und Freistaat gerichtet. Begründet wird dies mit einer sich verschärfenden kommunalen Finanzlage: Trotz bereits laufender Sparvorgaben für alle Referate drohen ohne zusätzliche Unterstützung Handlungsunfähigkeit und weitere Einschnitte. Gefordert werden u. a. Sofortmaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich 2026, größere Einnahmespielräume (z. B. Wiederzulassung einer Bettensteuer) sowie strukturelle Reformen für eine aufgabengerechte Finanzierung – insbesondere in Bereichen wie Flucht/Integration, Gesundheit und Pflege.

Der Appell macht deutlich, dass die Lage nicht nur München, sondern weitere bayerische Städte betrifft. Damit ist die Finanzierung sozialer Infrastruktur, inkl. Gleichstellungs- und Präventionsarbeit, länderweit unter Druck.

Das Sozialreferat der Landeshauptstadt München benennt in seiner Antwort auf die Stadtratsanfrage Nr. 20-26/F 01142 vom 07.03.2025 konkrete Einsparungen und Zurückstellungen in mehreren gleichstellungsrelevanten Bereichen für das Jahr 2025:

- Das Frauen*-Nacht-Taxi (FNT) wird ab 2025 um 22.691 € gekürzt (von ursprünglich 230.000 € auf 207.309 €).

- Die geplante „Stilloffensive KVR“ zur Einrichtung von Stillräumen in städtischen Gebäuden wurde aufgrund der Haushaltslage vorerst gestoppt.
- Auch das Pilotprojekt zur Ausstattung öffentlicher Sanitärbereiche mit Hygieneartikeln ist derzeit zurückgestellt.
- Im Bereich schulischer Mädchen*-Projekte kürzte das Pädagogische Institut des Referats für Bildung und Sport die Mittel um 17 %.
- Es werden eine Vielzahl an nicht bewilligten Mehrbedarfen vieler zentraler Träger*innen aufgelistet (siehe Punkt Kürzungen).
- Ebenfalls werden Qualitäts- und Angebotseinbußen ersichtlich (siehe Punkt Kürzungen).

Diese Kürzungen betreffen auch Maßnahmen, die unmittelbar auf Schutz, Gesundheit und Teilhabe von Frauen* und Mädchen* abzielen. Sie machen sichtbar, dass Gleichstellungsziele faktisch dem Rotstift untergeordnet werden. Diese Einsparungen stehen in deutlichem Widerspruch zu den Zielen der Landeshauptstadt, Sicherheit und Teilhabe für alle Geschlechter zu gewährleisten (Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2025).

Bedeutung der Mädchen*- und Frauen*arbeit

Mädchen*- und Frauen*arbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Sozialen Arbeit. Sie

- stärkt Selbstbestimmung, Teilhabe und Schutzrechte von Mädchen* und Frauen*,
- wirkt präventiv gegen Gewalt, Diskriminierung und Armut,
- schafft geschützte Räume, in denen Mädchen* und Frauen* sich ausprobieren, entwickeln und solidarisch handeln können,
- trägt zur Gleichstellung der Geschlechter und zur sozialen Integration bei.

Gerade in einer Großstadt wie München, in der Lebenshaltungskosten, Bildungsdruck und soziale Ungleichheiten zunehmen, sind diese Angebote zwar freiwillige Leistungen, jedoch strukturell notwendige Bestandteile sozialer Infrastruktur.

Strukturelle Ungleichheit trifft doppelt – Frauen* als Fachkräfte und als Klientinnen*

Kürzungen in der Sozialen Arbeit treffen Frauen* auf zwei Ebenen – und verstärken damit bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten:

- **Frauen* als Fachkräfte:**
  Die Soziale Arbeit ist ein überwiegend weiblich* geprägtes Berufsfeld. Schlechte Bezahlung, hohe Arbeitsbelastung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind strukturelle Realität. Jede Sparrunde bedeutet zusätzliche Überlastung, Stellenabbau und die Abwertung professioneller Sorgearbeit – also einer Arbeit, die gesellschaftlich unverzichtbar, aber systematisch unterfinanziert ist. Zudem sind Frauen* nicht nur Frauen* und Fachkräfte, sondern beispielsweise auch Mütter und laufen

durch diesen vorprogrammierten Systemcrash Gefahr, selbst Nutzerinnen* sozialer Hilfsangebote zu werden.

- **Frauen* als Klientinnen*:**
  Von sozialen Krisen und Kürzungen sind Mädchen* und Frauen* besonders betroffen. Ob Alleinerziehende, Migrantinnen*, Mädchen* in Armuts- oder Gewaltsituationen – sie spüren die Folgen zuerst und am stärksten. Eine Sparpolitik im sozialen Bereich bedeutet, dass genau jene Angebote geschwächt werden, die Schutz, Teilhabe, Selbstbestimmung und Bildungsgerechtigkeit ermöglichen.

Kürzungen gefährden Fachlichkeit und Gleichstellung

Pauschale Sparvorgaben im Bereich Soziales und Gleichstellung bedeuten faktisch:

- Schließungen oder Reduktionen von Mädchen*-Treffs, Frauen*beratungsstellen und Präventionsprojekten,
- Wegfall von Fachstellen mit genderpädagogischer Expertise,
- Abbau von Personal und damit von professioneller Beziehungsarbeit zwischen Klient*in und Fachkraft, die nicht kurzfristig ersetzbar ist,
- Verlust von Know-how, in den Institutionen bzw. Angeboten, das über Jahrzehnte aufgebaut wurde,
- und letztlich eine Rückentwicklung in der Gleichstellungsarbeit.

Laut aktueller Planungen sind Kürzungen bei den Träger*innen der Mädchen*- und Frauen*arbeit in Höhe von vermutlich mehreren hunderttausend Euro vorgesehen. Projekte, die Sprach- und Empowerment-Angebote für geflüchtete Mädchen* anbieten, sowie Einrichtungen, die Gewaltprävention im Stadtteil verankern, sind von den Auswirkungen betroffen (Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2025).

Besonders gravierend ist, dass zahlreiche Träger – etwa das FrauenTherapieZentrum (FTZ), die Frauenhilfe München, der Frauennotruf, Wildwasser München, SOLWODI, IMMA e. V., KoFRA, LeTRa und das Lesbisch-queere Zentrum LeZ – für 2025 Mehrbedarfe angemeldet, aber nicht genehmigt bekommen haben. Nur in wenigen Fällen wurden minimale Zuschüsse, z. B. zur Deckung gestiegener Mieten, bewilligt. Diese faktischen Null-Anhebungen bedeuten Reallohnverluste, sinkende Fachstandards und zunehmende Unsicherheit für Mitarbeitende sowie auch der Klient*innen (ebd.).

Auch qualitative Einbußen werden im RatsInformationsSystem München-Dokument deutlich benannt: Projekte müssen Fortbildungen reduzieren, Stellen längere Zeit vakant halten und Angebote kürzen – etwa Frühstückstreffen und Vernetzungsangebote für geflüchtete Frauen* (Projekt JUNO, Nailastraße). **Besonders problematisch: Die Einsparungen 2025 gelten als Vorboten für weitere Kürzungen im Jahr 2026, wenn die Konsolidierungen im Zuschussbereich verschärft werden** (ebd.)**.**

Die Kürzung von Projekten, die Mädchen* und Frauen* in ihren Rechten und ihrer Selbstbestimmung stärken, widerspricht den Zielen der Münchner Gleichstellungspolitik, der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) sowie der Bayerischen Verfassung (Art. 118 Abs. 2 BV: Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern) sowie Prinzipien unseres Grundgesetzes gemäß Art. 3 GG. Das Grundgesetzt regelt ferner, dass Nachteile für Frauen* abzubauen und die tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern verpflichtend für den Staat ist (Art. 3 GG).

Es besteht ein deutlicher Widerspruch darin, dass für soziale Projekte kaum Mittel vorhanden sind, während gleichzeitig millionenschwere Sportgroßveranstaltungen – etwa im Rahmen von Olympia-Bewerbungen – unterstützt werden. Diese Prioritätensetzung ist ein Beleg für die unterschiedliche Bewertung und Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben.

Wachsende soziale Ungleichheit – wachsende Verantwortung

Die sozialen Probleme, insbesondere für Mädchen* und Frauen*, nehmen zu: Wohnungsnot, Armut, psychische Belastungen, Gewalt, Bildungsbenachteiligung und gesellschaftliche Ausgrenzung prägen ihren Alltag – während die soziale Kluft zwischen Privilegierten und Benachteiligten weiterwächst.

In solchen Zeiten zu kürzen, heißt, soziale Ungerechtigkeit zu zementieren. Und historisch zeigt sich immer wieder: Wenn soziale Sicherungssysteme schwächeln, sind es Frauen*, die die Lücken füllen – unbezahlt, privat, im Ehrenamt oder auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit.

Die Corona-Pandemie hat dies deutlich gezeigt: Sie war eine Krise der Frauen* - die den Großteil der Care-, Erziehungs-, Pflege- und der emotionalen Stabilitätsarbeit trugen (DBSH – Frauen*, 2020). Diese Erfahrung darf sich nicht wiederholen.

München ist mit diesen Herausforderungen nicht allein. Auch in anderen Kommunen und Bundesländern werden ähnliche Sparmaßnahmen diskutiert. So sollen in Berlin laut Medienberichten für das Jahr 2025 Mittel pauschal um 2% reduziert werden, was je nach Einrichtung zwischen 400€ und 40.000€ bedeutet. Dies gilt auch für Frauen*häuser und Gewaltschutzprojekte (Tischewski, 2025) – ein alarmierendes Signal, das verdeutlicht, dass finanzielle Engpässe bundesweit vor allem auf dem Rücken von Frauen* und Mädchen* ausgetragen werden.

Mädchen*- und Frauen*arbeit ist systemrelevant

Mädchen*- und Frauen*arbeit ist kein Sonderthema, sondern Kernaufgabe Sozialer Arbeit. Sie schafft Räume, in denen Mädchen* und Frauen* gestärkt, geschützt und befähigt werden, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.
Geschlechtsspezifische Arbeit leistet Prävention gegen Gewalt, fördert Bildungsgerechtigkeit, stärkt Partizipation und ist damit ein zentraler Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks und der damit einhergehenden Infragestellung von Gleichstellungs- und Menschenrechten ist mehr Unterstützung für Mädchen*- und Frauen*arbeit denn je erforderlich. Einsparungen in diesem Bereich fördern ungewollt jene Kräfte, die Gleichberechtigung und Vielfalt bedrohen.

Soziale Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit sind Daseinsvorsorge

Die Frauen*vertretung des DBSH Bayern erinnert daran:
Soziale Arbeit ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
Gleichstellung darf dabei nicht als „freiwillige Leistung“ betrachtet werden. Sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Geschlechtergerechtigkeit kostet Geld – Ungerechtigkeit kostet Zukunft! Wer soziale Infrastruktur abbaut, gefährdet soziale Sicherheit, Prävention und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Kürzungen in der Sozialen Arbeit – besonders in geschlechtsspezifischen Bereichen – bedeuten:

- eine Senkung in der fachlichen Qualität geschlechtssensibler Sozialer Arbeit,
- den Abbau von wirksamen präventiven Angeboten,
- den Abbau von Schutz für Mädchen* und Frauen*
- den Abbau und die Beeinträchtigung zur gesellschaftlichen Teilhabe für Mädchen* und Frauen*,
- den Abbau von Bildungsgerechtigkeit für Mädchen* und Frauen*,
- langfristig höhere Folgekosten (z. B. durch Gewalt, Schulabbrüche, psychische Erkrankungen, Armutsrisiken, Prekarisierung sozialer Problemlagen),
- Verschärfung sozialer Ungleichheiten,
- Abwertung eines Berufs- und Praxisfeldes, das bereits unterfinanziert und überlastet ist,
- fördern die Rückkehr traditioneller Rollenbilder,
- sowie den langfristigen Vertrauensverlust in kommunale Gleichstellungspolitik.

Geschlechtergerechtigkeit ist kein Luxus

In Zeiten finanzieller Engpässe wird Gleichstellung oft als „freiwillige Leistung“ behandelt. Das ist fachlich und gesellschaftspolitisch falsch.
Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe – kein Zuschlag, den man in guten Jahren gewährt. Mädchen*- und Frauen*arbeit trägt wesentlich dazu bei, dass Chancengerechtigkeit und Teilhabe überhaupt realisiert werden können. Sie ist damit Grundvoraussetzung sozialer Nachhaltigkeit.

Forderungen der Frauen*vertretung des DBSH Bayern

Die Frauen*vertretung des DBSH Bayern fordert die Landeshauptstadt München auf,

1. keine Kürzungen bei Angeboten der Frauen*- und Mädchen*arbeit vorzunehmen,
2. die geschlechtsspezifische Perspektive in allen Haushaltsentscheidungen verbindlich zu berücksichtigen („Gender Budgeting“),
3. bestehende Träger*innenstrukturen langfristig planungs- und förderfähig zu sichern,
4. die Fachlichkeit der Sozialen Arbeit als zentralen Bestandteil kommunaler Verantwortung anzuerkennen und dementsprechend die Arbeitsbedingungen von Fachkräften in der Sozialen Arbeit zu verbessern,
5. und im Sinne einer solidarischen Stadtpolitik transparente Dialogverfahren mit Fachverbänden, Träger*innen und Beschäftigten der Sozialen Arbeit zu führen.

Schlussbemerkung

Sparen bei der sozialen Infrastruktur ist kurzsichtig. Sparen bei Mädchen* und Frauen* ist strukturell ungerecht und fahrlässig. Die Soziale Arbeit – und insbesondere die geschlechtersensible Soziale Arbeit – trägt die Verantwortung für den sozialen Frieden in einer Stadtgesellschaft. Wer sie schwächt, schwächt die Demokratie. Die Landeshauptstadt München braucht eine Haushaltspolitik, die soziale Gerechtigkeit als Zukunftsinvestition versteht – nicht als Sparposten.

Der Hilferuf der Landeshauptstadt München und anderen bayrischen Städten an Bund und Freistaat (Karowski 2025) macht deutlich, dass kommunale Sozialpolitik ohne ausreichende finanzielle Unterstützung nicht zukunftsfähig ist. Gleichzeitig zeigt der Blick über Bayern hinaus, dass die strukturelle Unterfinanzierung von Frauen*- und Mädchen*arbeit ein gesamtdeutsches Problem ist, das politische Antworten auf allen Ebenen braucht. Es braucht also ein strategisch sinnvolles Zusammenwirken kommunaler Finanzierungsstrategien mit den Finanzierungsstrategien der Länder und des Bundes.

Literaturverzeichnis:

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2025): Wie hoch sind die Einsparungen bei den Frauen- und Mädchenprojekten in der Landeshauptstadt München? Antwort auf die Stadtratsanfrage Nr. 20-26/F 01142 vom 07. 03. 2025, München, 29. 08. 2025., verfügbar unter: https://risi.muenchen.de; Zugriff am 08.11.2025.

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2025b) Personalnot in der Jugendhilfe: Ist in München der Kinderschutz in Gefahr? Antwort auf die Stadtratsanfrage Nr. 20-26 / F 01181 vom 09.04.2025, München, 20.10.2025., verfügbar unter: https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/9372177; Zugriff am 08.11.2025

Deutscher Berufsverbband für Soziale Arbeit e.V. - Frauen* (2020): Stellungnahme: Corona – die Krise der Frauen*. Und die Auswirkungen auf die Soziale Arbeit als Frauen*profession. Berlin. Verfügbar unter: https://www.dbsh.de/media/public/dbsh-www/redaktionell/pdf/DBSH/DBSH_Frauen/20200511_Stellungnahme_DBSH_Frauen_Corona-Krise.pdf (Zugriff am 08.11.2025)

Karowski, S. (2025): „Finanznot in München immer schlimmer – Hilferuf an Bund und Freistaat: ‚Uns steht das Wasser bis zum Hals'", tz, 28. Oktober. Verfügbar unter: https://www.tz.de/muenchen/stadt/finanznot-in-muenchen-hilferuf-an-bund-und-freistaat-94009156.html (Zugriff am 08.11.2025)

Tischewski, Oda (2025): Dann müssen Frauen abgewiesen werden. Kürzungen beim Gewaltschutz in Berlin. rbb24, [Online]. Verfügbar unter: https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/10/gewaltschutz-frauen-berlin-kuerzungen.html (Zugriff am 08.11.2025)